Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
33. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.08.2005
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Hube, Helmut	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (BD)
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Jahnke, Henry	CDU (St. BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (St. BD)

Vom Amt:

BzStR Stäglin
BauL / Tief 1 Hr. Müller-Ettler
Ord 1 Hr. Tietz
Tief 3 Hr. Stumpe
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

TOP 2 Genehmigung des Protokolls

TOP 3 Anträge

TOP 3.1 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausflugslokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Frakion
(s. Anlage Schreiben von Rechtsanwalt Heinz vom 22.07.2005)

TOP 3.2 Tempo 30 in der Sundgauer Straße
Drucksache: 1463/II (neu) - SPD- Fraktion, Fraktion GRÜNE
(Bericht des Amtes und der VLB zu dem Thema)
(s. Anlage Lärmgutachten v. 24.03.2005)

TOP 3.3 Ausfahrt auf dem Reicheltparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße
Drucksache: 1517/II - SPD-Fraktion

TOP 3.4 Zuständigkeitsbereich der Bezirke in Verkehrsfragen erweitern
Drucksache: 1537/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 3.5 Markierungen in der Tempo-30-Zone an der Mühlenstraße
Drucksache: 1612/II - SPD-Fraktion

TOP 3.6 Einsatz der Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamts
Drucksache: 1627/II - CDU-Fraktion

TOP 3.7 Parkordnung im Hartmannsweilerweg
Drucksache: 1649/II - CDU-Fraktion

TOP 3.8 Für Radfahrer passierbare Sackgassen kennzeichnen
Drucksache: 1656/II - SPD-Fraktion

TOP 3.9 Ausschussantrag 'Fernverkehr am Bahnhof Zoo'

TOP 4 Geschwindigkeitsbeschränkung auf Hauptverkehrsstraßen in den Nachtstunden
(Teilnahme: Vertreter von VLB und SenStadt)

TOP 5 Vorstellung des Neubaus des Straßenzuges Hildburghauser Straße/Blanckertzweg

TOP 6 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 7 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordndung begrüßt der Ausschussvorsitzende Eichstädt die Bürgerin Frau Apfel, drei Schüler von der Schadow-Schule, den Rechtsanwalt Herrn Heinz sowie Herrn Möller (VLB), Herrn Dieckmann (SenStadt) und Herrn Huwe (BVG).

Er verteilt Kopien eines Schreibens vom 23.08.2005 von Herrn und Frau Breyer aus der Clayallee sowie eine Email der Fraktion GRÜNE, in der diese bittet, einen Ausschussantrag mit dem Betreff „Fernverkehr am Bahnhof Zoo“ zu fassen. Mit Zustimmung des Ausschusses wird dieses Anliegen zum neuen Tagesordnungspunkt 3.9.

Er teilt mit, dass zwei Fraktionen darum gebeten hätten, das Sitzungsende auf 18.30 Uhr festzulegen.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

1. Verkehrsberuhigung in der Herrfurthstraße

Die Bürgerin Frau Apfel berichtet über ihre bisherigen Versuche, eine Verkehrsberuhigung in der Herrfurthstraße zu erreichen sowie die Entwicklung der dortigen Situation seit ihrem letztem Besuch im Ausschuss. Sie erkundigt sich, ob und in welcher Art das Amt seither tätig geworden ist, um die Lage im Sinne der Anwohner zu prüfen und zu entschärfen. BzStR Stäglin erklärt, dass die geplante Verkehrszählung nicht durchgeführt werden konnte, da zu dem ins Auge gefassten Zeitpunkt am Ort der Zählung baubedingt eine Einfahrt gesperrt war, was das Ergebnis verfälscht hätte. Allerdings würde weiterhin eine Einbahnstraßenregelung in dem Bereich geprüft. Dabei müsste allerdings beachtet werden, dass jede Art der Verkehrs-

beruhigung in der Herrfurthstraße nur zur Folge hätte, dass der ausgeschlossene Verkehr in die benachbarte Muthesius- und die Zimmermannstraße verdrängt und dort zu einer Beeinträchtigung der Anwohner führen würde. Von Seiten der CDU- und der SPD-Fraktion wird an die Absprache erinnert, dass erst das Ende der Bauarbeiten an der Schlossgalerie im März 2006 abgewartet werden sollte, um ca. ein Vierteljahr später die Situation in den anliegenden Straßen zu prüfen.

2. Ausfahrt Reicheltparkplatz

Der Ausschussvorsitzende erklärt, die SPD-Fraktion habe ihren Antrag Drs. Nr. 1517/II mit dem Betreff „Ausfahrt auf dem Reicheltparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße“ in einem Schreiben vom 22.08.2005 zurückgezogen. Kurz darauf hätten sich die drei Schüler der Klasse 7a der Schadow-Schule Julius Kühn, Charlotte Wassmund und Jasmin Breitenstein zu genau diesem Thema zur Bürgerfrageviertelstunde angemeldet. Obwohl der Antrag nicht mehr existiert, hätten sie trotzdem den Wunsch, dem Ausschuss zu erläutern, welche Bedeutung der Antrag für sie hatte.

Die drei Schüler berichten, ihre Erfahrungen auf dem täglichen Schulweg hätten ergeben, dass Passanten – insbesondere Schüler, aber auch Senioren – an der Ausfahrt hinter dem Reichelt-Gebäude sehr gefährdet seien. Julius erklärt, er selbst sei dort schon fast angefahren worden. Sie erläutern, dass es sich bei der Gefahrenstelle nicht um die im zurückgezogenen Antrag genannte Rampenausfahrt direkt hinter dem Supermarkt handelt, sondern um die beiden Ausfahrten des großen öffentlichen Parkplatzes zwischen Reichelt und der Pauluskirche. Hier sollten ein Stoppschild oder Geschwindigkeitsbremser angebracht werden.

Angesichts des zurückgezogenen Antrags der SPD-Fraktion formuliert der Ausschuss einen eigenen neuen Antrag mit folgendem Text:

„Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, durch geeignete Mittel zu erreichen, dass die Autofahrer den öffentlichen Parkplatz zwischen Fa. Reichelt und der Pauluskirche über die beiden Ausfahrten mit der gebotenen Sorgfalt, d.h. ohne Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern, verlassen.“

Bei einer Abstimmung wird dieser Ausschussantrag mit 13 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung angenommen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 32. Sitzung vom 22.06.2005 wird genehmigt.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausflugslokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Frakion
(s. Anlage Schreiben von Rechtsanwalt Heinz vom 22.07.2005)

Der Ausschussvorsitzende verweist auf das der Einladung beigefügte Schreiben des Rechtsanwalts Herrn Volker Heinz vom 22.07.2005, in dem dieser u.a. mitteilt, dass die von ihm vertretenen Anwohner des Schlachtensees es für erforderlich halten, „dass ein Halteverbot auf der Seeseite des Elvirasteiges während der Monate Mai bis Oktober, beschränkt auf Samstage, Sonntage und Feiertage verfügt wird, und dass die drei Seezugänge vom Elvirasteig aus durch markierte Freihaltebereiche vom motorisierten Verkehr entlastet werden."

Herr Heinz, der an der Sitzung teilnimmt, erklärt, seine Mandanten seien weder gegen den Bau noch den Betrieb der Gaststätte ‘Alte Fischerhütte‘, allerdings werde von

ihnen der damit verbundene Musiklärm und das Verkehrsaufkommen, speziell der rücksichtslose Parkverkehr, als negativ empfunden. Er erläutert ausführlich die in seinem Schreiben gemachten Vorschläge sowie weitere Möglichkeiten zur Linderung der Situation (u.a. Hinweisschilder auf entferntere Parkmöglichkeiten (Waldparkplatz), Parkbuchten im Elvirasteig, Parkbuchten bzw. Parken auf Teilen des Bürgersteigs im Elvirasteig, stärkere Kontrolle der Falschparker durch das Ordnungsamt). Er erklärt, das Amt habe ihm bisher lediglich angeboten, einen der drei Seezugänge freizuhalten, und teilt mit, er unterstütze für seine Mandanten den vorliegenden Antrag Drs. Nr. 1177/II.

BzStR Stäglin weist auf die Vereinbarung hin, dass das Amt die Situation beobachten und die Anwohner Überlegung anstellen wollten. Ord 1 Hr. Tietz erklärt, das Ordnungsamt habe bei seinen Beobachtungen festgestellt, dass dort verkehrswidriges Parken stark zugenommen habe. Es werde dort verstärkt präsent sein und ggf. Strafmandate ausstellen.

Die CDU-Fraktion erklärt, der Elvirasteig sei offenbar der größte verfügbare Parkplatz in der Gegend, befürwortet Hinweisschilder auf weitere Parkmöglichkeiten und kritisiert, dass das Amt nur einen Seezugang freihalten will. Ein Halteverbot werde den Anwohnern kaum nützen, da der Parkdruck dann nur in die Nebenstraßen verdrängt wird. Das Amt solle die Situation verstärkt prüfen und überwachen.

Keine Resonanz findet der Vorschlag der SPD-Fraktion, den Antragstext so zu verallgemeinern, dass das Amt keine Verkehrszählung mehr durchführen soll, sondern nur noch ersucht wird, „Maßnahmen zu prüfen, um die durch den Ausflugsstandort ‘Alte Fischerhütte‘ entstehenden Verkehrsprobleme zu lösen.“

BzStR Stäglin sagt zu, die drei Seezugänge freizuhalten, Hinweisschilder auf andere Parkplätze anzubringen und weiterhin verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt durchführen zu lassen.

Der Antrag wird vertagt, bis die Ergebnisse dieser Maßnahmen feststehen.

zu 3.2 Tempo 30 in der Sundgauer Straße
Drucksache: 1463/II (neu) - SPD- Fraktion, Fraktion GRÜNE
(Bericht des Amtes und der VLB zu dem Thema)
(s. Anlage Lärmgutachten v. 24.03.2005)

Der Ausschussvorsitzende verweist auf das der Einladung als Anlage beigefügte Lärmgutachten vom 24.03.2005. Herr Möller von der VLB berichtet, bei seiner Verwaltung sei derzeit ein Widerspruchsverfahren von Anwohnen der Sundgauer Straße anhängig. In Hinblick auf den Ausgang dieses Verfahrens wird der Antrag vertagt.

zu 3.3 Ausfahrt auf dem Reicheltparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße
Drucksache: 1517/II - SPD-Fraktion

Zu dem zurückgezogenen Antrag Drs. Nr. 1517/II und dem Ausschussantrag zum gleichen Thema vgl. Top 1 Punkt 2.

zu 3.4 Zuständigkeitsbereich der Bezirke in Verkehrsfragen erweitern
Drucksache: 1537/II - GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

zu 3.5 Markierungen in der Tempo-30-Zone an der Mühlenstraße
Drucksache: 1612/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 3.6 Einsatz der Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamts
Drucksache: 1627/II - CDU-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, die Mitarbeiter des Allgemeinen Ordnungsdienstes kontrollierten ohnehin an Schwerpunkten des Bezirks und bittet den Ausschuss, deshalb von einem Beschluss abzusehen. In Hinblick auf ein kursierendes Flugblatt mit dem Inhalt, dass seit der Einrichtung des Ordnungsamtes verstärkt Strafen für ordnungswidriges Verhalten erhoben werden, erklärt er, solche Ordnungsgelder würden neuerdings speziell für Radfahren am Schlachtensee nicht mehr erhoben, da eine Prüfung ergeben habe, dass Radler dort sehr gut gemeinsam mit Fußgängern den See umqueren können. Es müsse lediglich noch geklärt werden, wie am Bootsverleih eine schlecht einsehbare Ecke entschärft werden kann.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

zu 3.7 Parkordnung im Hartmannsweilerweg
Drucksache: 1649/II – CDU-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 3.8 Für Radfahrer passierbare Sackgassen kennzeichnen
Drucksache: 1656/II – SPD-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, das Amt werde das Anliegen des Antrags verwirklichen. Die SPD-Fraktion erklärt, damit sei ihr Antrag durch Amtshandeln erledigt.
Bau L Herr Müller-Ettler bittet, dem Amt solche Sackgassen zu nennen.

zu 3.9 Ausschussantrag 'Fernverkehr am Bahnhof Zoo'

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die vor Eintritt in die Tagesordnung verteilte Email der Fraktion GRÜNE mit dem Vorschlag, einen Ausschussantrag mit dem Betreff „Fernverkehrshalt am Bahnhof Zoo“ zu stellen. Der Text lautet:

„Das Bezirksamt wird ersucht sich bei den zuständigen Stellen nachdrücklich dafür einzusetzen, dass alle über die Stadtbahn fahrenden Fernverkehrszüge auch am Bahnhof Zoo halten.

Begründung:

60% der Fahrgäste des Fernverkehres steigen im Moment am Bahnhof Zoo ein und aus.

Durch die allgemein unzureichende ÖPNV Erschließung und speziell die fehlende Nord-Süd-Anbindung über die Schiene des neuen Hauptbahnhofes wird schätzungsweise 40 % dieser Fahrgäste durch Umsteigen und Auf-dem-gleichen-Weg-Zurückfahren eine deutlich längere Gesamtreisezeit zugemutet. Diese Fahrzeitverlängerung dürfte so bei 16 Minuten liegen, dagegen ist der Fahrzeitverlust von 4 Minuten durch den Halt im Bahnhof Zoo für die 60% Reisenden aus der Mitte und den östlichen Bezirken hinzunehmen.

Die Entscheidung der DB kann nur als nur als kundenunfreundlich abqualifiziert werden, die DB wird aufgefordert den Fahrgästen im Rahmen des einvernehmlich verabschiedeten Pilzkonzeptes die freie "Bahnhofswahl" zu ermöglichen, um dann über die Akzeptanz der einzelnen Bahnhöfe ggf. neu entscheiden zu können.“

Alle vier Fraktionen stimmen dem Anliegen zu. Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 12 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Die SPD-Fraktion bittet BzStR Stäglin, das Amt möge hier – im Sinne der Absprache im Ältestenrat – bereits tätig werden, noch bevor der von allen vier Fraktionen getragene Ausschussantrag in der BVV am 21.09.2005 zu einem Beschluss wird.

zu 4 Geschwindigkeitsbeschränkung auf Hauptverkehrsstraßen in den Nachtstunden (Teilnahme: Vertreter von VLB und SenStadt)

Herr Möller von der VLB berichtet, ein von SenStadt in Auftrag gegebenes Gutachten habe ergeben, dass es erhebliche Lärmwerte in der Leonorenstraße nachts und im Munsterdamm Tag und Nacht gibt. Daher sei die VLB nach einer Abwägung zu der Entscheidung gelangt, in den beiden Straßen zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Tempo 30 einzuführen.

Auf den Hinweis der CDU-Fraktion, dass es letztlich überall Straßenlärm gebe, so dass in sehr viel mehr Straßen Tempo 30 eingeführt werden müsste, erklärt Herr Möller, ein solches Verfahren werde nur auf Antrag von Anwohnern in Gang gesetzt. Dies sei bei den beiden genannten Straßen 2004 geschehen. Allerdings prüfe SenStadt derzeit, ob auf weiteren Hauptverkehrsstraßen nachts eine Geschwindigkeitsbeschränkung eingeführt werden sollte.

Die fraktionslose Bezirksverordnete Wagner erklärt, die nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung sei aus medizinischen Gründen wichtig, damit die Anwohner ungestört schlafen können und Lärm nachweislich krank mache.

Die Fraktionen von CDU und FDP erklären, Anwohner von Hauptverkehrsstraßen müssten naturgemäß mit einer höheren Lärmbelastung rechnen und leben als solche von Seiten- oder Wohnstraßen. Diese könne durch Lärmschutzfenster gemindert werden. Herr Dieckmann von SenStadt weist darauf hin, dass allein der Wunsch, nachts bei offenem Fenster schlafen zu wollen, nicht zähle, sondern eine erheblichere Lärmbelastung vorliegen müsse. Im übrigen erhöhe sich die Gesamtfahrzeit bei einer Durchfahrt durch einen Tempo-30-Abschnitt nur minimal.

Herr Möller erklärt, Messungen hätten ergeben, dass sich bei einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h der Lärmpegel um den erheblichen Wert von 3 db verringere. Beobachtungen hätten zudem ergeben, dass nachts in Tempo-30-Zonen kein Ausweichen des Verkehrs in andere Straßen stattfindet. Die CDU-Fraktion bezweifelt, dass sich die Autofahrer an die Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Durchgangsstraßen halten.

Die FDP-Fraktion erklärt, zunächst sei seitens des Senats die B 101 als Durchgangsstraße gestrichen worden und jetzt werde in den Straßen, durch die der Verkehr nunmehr fließen muss, Tempo 30 eingeführt. Hierfür sehe sie eher ideologische als praktische Gründe. BzStR Stäglin erklärt, dass die Maßnahme nicht von SenStadt ausging, sondern dass sie vielmehr von betroffenen Anwohnern gefordert wurde. Im übrigen werde Lärmbelastung heute ernster genommen als früher.

Unter Hinweis auf das Protokoll der 32. Sitzung vom 22.06.2005 (dort: TOP 4, Punkte 1 und 2) weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass das Amt auf Bitten des Ausschusses bei der VLB um einen Aufschub der Anordnung zur Einführung von Tempo 30 in den beiden genannten Straßen gebeten hatte, um dem Bauausschuss Gelegenheit zu geben, darüber zu beraten. Die CDU-Fraktion erklärt, dies sei nunmehr geschehen und bittet um eine Abstimmung, um das Votum des Ausschusses zu ermitteln. Eine Abstimmung ergibt, dass sich 5 Ausschussmitglieder für und 8 Ausschussmitglieder gegen die geplante Anordnung aussprechen.

BzStR Stäglin erklärt, das Bezirksamt könne als Straßenbaulastträger nur aus straßenbaulicher Sicht, nicht jedoch aus Verkehrs- oder Lärmschutzgründen, Stellung nehmen und in diesem Zuständigkeitsbereich habe es keine Einwendungen gegen die

geplante Maßnahme gehabt. Herr Möller bestätigt die vom Ausschussvorsitzenden geäußerte Vermutung, dass die Meinung des Ausschusses für die VLB offenbar nur nachrichtlichen Wert besitzt. Er erklärt, der Bezirk sei, wie gesetzlich vorgesehen, durch das Bezirksamt beteiligt worden, dieses habe keine Einwendungen gehabt, so dass nach dieser zusätzlichen Anhörung des Bauausschusses die Anordnung nunmehr gefertigt wird.

zu 5 Vorstellung des Neubaus des Straßenzuges Hildburghauser Straße/ Blanckertzweg

Tief 3 Hr. Stumpe stellt anhand von Karten den Neubau des Straßenzuges Hildburghauser Straße / Blanckertzweg vor und beantwortet eine Reihe von Fragen speziell zu den Radwegen und der Bepflanzung an der Strecke. Tief 1 Hr. Müller-Ettler erklärt, das Amt habe geprüft, ob es eines Planfeststellungsverfahrens bedürfe, da es sich hier um eine Straße 2. Ordnung handele. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht nötig sei, da es keine wesentlichen Veränderungen für betroffene Anwohner gibt. Allerdings werde die Straße mit dieser Baumaßnahme in einigen Bereichen erstmals fertig gestellt, so dass anschließend von den Anwohnern Erschließungsbeiträge erhoben werden können. Diese seien derzeit allerdings noch nicht näher bezifferbar. Auf eine entsprechende Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt Tief 3 Hr. Stumpe, es sei bei der Planung der Baumaßnahme zwar angeregt worden, den ursprünglichen geradlinigen Verlauf der Hildburghauser Straße zur Osdorfer Straße wiederherzustellen, dies sei beim Neubau der Bahnstrecke jedoch nicht bewilligt worden.

Auf Bitten der SPD-Fraktion erklärt der Ausschussvorsitzende, er werde einen Termin festlegen, an dem Tief 3 Hr. Stumpe den Fraktionen im BVV-Büro das Vorhaben anhand der Karten in weiteren Details erläutern kann.

zu 6 Bericht aus dem Bezirksamt

1. Umbaumaßnahme Ringstraße

   Aufgrund von Nachfragen aus der Anwohnerschaft wurde die im Bauausschuss vorgestellte Ausführungsplanung für die Ringstraße etwas modifiziert: Auf vier geplante Gehwegvorstreckungen, die in geringem Abstand zueinander angeordnet waren, wird nunmehr verzichtet. Im Bereich des Johanneskirchplatzes wird auf die Auspflasterung der Unterstreifen verzichtet, und in den noch nicht fertig gestellten Abschnitten werden die Baumscheiben vergrößert.
   Die SPD-Fraktion regt noch einmal an, darüber zu diskutieren, ob die Unterstreifen unbefestigt sein könnten. BzStR Stäglin erklärt, dass dies eine Änderung in der Bauausführung wäre, die vom Ausschuss gebilligt werden müsste. Eine erhebliche Reduzierung der Pflasterarbeiten würde auch zu einer Verminderung der für die Baumaßnahme bewilligten BSI-Förderung führen. Im Übrigen verweist er auf seine dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zur Verfügung gestellte Stellungnahme zu diesem Thema *(vgl. als Anlage sein Schreiben an Frau K.* vom 18. Juli 2005).
   Der Ausschuss billigt die vom Amt vorgetragenen Änderungen.

2. Fahrrad-Angebotsstreifen für die Argentinische Allee

   BzStR Stäglin bittet die Mitglieder des Bauausschusses nochmals, sich bis zur nächsten Sitzung die vorhandenen Radwege anzusehen und sich eine Meinung zu bilden, ob die Idee eines Fahrrad-Angebotsstreifens weiter verfolgt werden sollte. Der Ausschussvorsitzende sagt zu, dieses Vorhaben als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung aufzunehmen.

3. Lösung für die Radwegführung Königsberger Straße – Kranoldplatz
Tief 3 Herr Stumpe erläutert die von einem Büro erarbeitete Lösung anhand einer Planes: Unter der Bahnbrücke sollen Radwege auf dem jetzt genügend breiten Gehweg angeordnet werden. Über den Knotenpunkt Brauerstraße/Oberhofer Weg soll ein Radstreifen markiert werden, der aber erst am Beginn des Kranoldplatzes auf die Lankwitzer Straße abgeleitet werden soll. Dazu muss ein Marktstand eingeschränkt werden. Das Wirtschaftsamt tut sich schwer damit, will aber einen geringfügigen Eingriff in die festgesetzte Marktfläche akzeptieren.

Schriftliche Mitteilungen aus dem Bauamt:

4. Entscheidung im Architekten-Auswahlverfahren für die Sporthalle Mühlenau-GS
Auf Grund einer Beschwerde eines Mitbewerbers konnte das Büro agn Niederberghaus in Potsdam noch nicht mit der o.g. Planungsaufgabe beauftragt werden. BPU werden somit zu den Haushaltsberatungen nicht vorliegen.

5. Aufheben des Gehwegparkens in der Roonstraße
Nach einer entsprechenden Nachfrage der CDU-Fraktion in der letzten Sitzung des Bauausschusses wurde Folgendes ermittelt: Das Gehwegparken (Schrägparken auf dem südlichen, unbefestigten, breiten Unterstreifen) wurde schon im Juli 2003 aufgehoben. Am nördlichen Straßenrand sind auch jetzt noch ausreichend Parkplätze vorhanden. Aus Sicht des Amtes sollte es bei der derzeitigen Regelung bleiben.

6. Pilotversuch ‚Handy-Parken' auch in Steglitz-Zehlendorf
Ab Mitte September 2005 soll der Pilotversuch über das ‚Handy-Parken' auch auf die Parkraumbewirtschaftung Schloßstraße und auf den Reichelt-Parkplatz Zehlendorf ausgeweitet werden. Der Versuch läuft vorerst bis März 2006.
Der Vertrag wurde am 23.8.2005 vom Bauamt unterzeichnet und an SenStadt weitergeleitet.

7. Fahrrad-Angebotsstreifen für die Pacelliallee
Im Zuge der Einrichtung der „Tangentialroute 5" des Berliner Radrouten-Hauptnetzes wird von SenStadt die Einrichtung eines Fahrrad-Angebotsstreifens in der Pacelliallee gewünscht. Das Amt kann sich dort eine vergleichbare Lösung wie in der jetzt fertig gestellten Englerallee vorstellen, d.h. dass das Parken in vermindertem Umfang halbseitig auf den dann zu befestigenden Gehwegunterstreifen verlegt wird. SenStadt ist an einer Realisierung im Jahr 2006 interessiert. Die Planungsunterlage sollte noch in 2005 erstellt werden. Die Finanzierung erfolgt aus dem SenStadt-Topf zur Förderung des Fahrradverkehrs. (Das Thema wird im nächsten Ausschuss erneut angesprochen.)

8. Meinungsaustausch über Änderungsbedarf im Fahrradwegenetz des Bezirks
BzStR Stäglin hat alle Fahrrad-Verbände zu dem o.g. Meinungsaustausch für den 15. Sept. 2005, 10.00 Uhr zu sich eingeladen.

9. Aufheben der Vorfahrtsregelung in der Matterhornstraße
Auf Grund einer Anordnung von VLB D 2162 vom 21. Juni 2005 sollen die BVG-Bushaltestellen (mit Anpassung der Parkregelungen) und die Vorfahrtsregelung für die Matterhornstraße aufgehoben werden. Das Amt hat sich gegen diese Anordnung ausgesprochen. Die BVG hat aber hinsichtlich der Bushaltestellen vollendete Tatsachen geschaffen, so dass auch die Parkregelungen angepasst werden mussten. Die Änderungen bei der Vorfahrtsregelung würden Kosten von mindestens 2.300 Euro verursachen, Geld ist zz. nicht vorhanden. Die Be-

gründung für diese Anordnung ist, dass durch Wegfall der Buslinie auch der Grund für eine Vorfahrtsregelung innerhalb einer Tempo-30-Zone entfallen ist. (Das Thema wird in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal angesprochen.)

10. Mittelinsel Spanische Allee / Borussenstraße
Im Rahmen des Radverkehrsinfrastrukturprogramms der SenStadt soll der Bau einer Mittelinsel (im Zuge „Wannsee-Route“) finanziert werden. Die Planung hat ein Ing.-Büro von SenStadt übertragen bekommen. Es müssen Kosten geschätzt und die Anordnung gefertigt werden. Der Bau erfolgt wahrscheinlich erst im Jahr 2006.

11. Überquerungshilfen für Rollstuhlfahrer im Zuge des Jochen-Klepper-Weges
Als Pilotversuche wurden auf Wunsch des Bezirksbehindertenbeirates in der Von-Luck-Straße und in der Beskidenstraße jeweils zwei „Asphaltkeile“ am Bordstein angelegt, um Behinderten die Überquerung der Straßen zu erleichtern. Da die Keile in die Fahrbahn ragen, wurden sie weiß markiert. Die Erfahrungen mit dieser Lösung bleiben abzuwarten.

12. BVG-Wartehäuschen Berliner Straße
Wie der Presse zu entnehmen war, haben die privaten Grundstückseigentümer, auf deren Grundstück die Wartehalle aufgestellt ist, zu hohe Geldforderungen an die BVG gestellt, so dass diese wahrscheinlich dazu gezwungen sein wird, die Wartehalle abzubauen. Das Bezirksamt wird sich bei der BVG nach dem Stand erkundigen und bei negativem Ausgang der BVG-Verhandlungen an die Eigentümergemeinschaft schreiben.

13. Entsiegelung des ehemaligen Grenz-Kontrollpunktes Albrechts Teerofen
Im Zuge einer Ausgleichsmaßnahme für den Bau einer neuen Verbindungsfahrbahn im Autobahnkreuz Schöneberg plant SenStadt, den ehemaligen Campingplatz zu renaturieren. Das Amt hat Bedenken geäußert, weil damit ein weiteres Stück Historie vernichtet wird. Außerdem widerspricht dies in gewisser Weise dem BVV-Beschluss, sich für die Führung des Berliner Mauerweges über die alte Autobahnbrücke einzusetzen. Der Stadtplanungsausschuss wird sich mit dem Thema befassen.

14. Asphaltüberzug Bergstraße
Die BVG finanziert aus ihrem Bus-Beschleunigungsprogramm einen Asphaltüberzug über die desolate Pflasterfläche in der Bergstraße. Ein Ing.-Büro, das die Planung durchführt, wurde der BVG vom Amt vorgeschlagen. Die Baudurchführung soll im Frühjahr 2006 erfolgen, damit der Bus zum Fahrplanwechsel im Mai/Juni 2006 dort fahren kann.

15. Änderung der Einsatzzeiten des Allgemeinen Ordnungsdienstes
Seit dem 01.08.2005 wird der Allgemeine Ordnungsdienst auch an Wochenenden eingesetzt. Die neuen Einsatzzeiten sind montags bis freitags jeweils von 07.00 bis 20.00 Uhr, an Sonnabenden von 09.00 bis 22.00 Uhr und sonntags von 12.00 bis 20.00 Uhr.

16. Busbeschleunigung Linie M 85
Das Thema wird in der nächsten Sitzung angesprochen.

zu 7 Verschiedenes

1. Bezug nehmend auf das von ihm vor Eintritt in die Tagesordnung verteilte Schreiben von Herrn und Frau Breyer vom 23.08.2005, in dem diese ihn um die

Unterstützung ihrer Forderung nach Behebung gesundheitsschädigender Lärmbelastungen bitten, die ihrer Meinung nach durch schwere Schäden in der Straßenoberfläche in der Clayallee verursacht werden, bittet der Ausschussvorsitzende BzStR Stäglin, tätig zu werden und ihm für ein Antwortschreiben Mitteilung zu machen. BzStR Stäglin erklärt, dass Baumaßnahmen in der Clayallee im Herbst aufgrund des Schlagloch-Sanierungsprogramms vorgesehen sind.
(Vgl. hierzu Anlage 2, Schreiben von BzStR Stäglin an Herrn und Frau Breyer vom 29.08.2005.)

2. Auf Nachfrage der fraktionslosen Bezirksverordnete Wagner erklärt BzStR Stäglin, dass die Verkehrsunfallkommission noch nicht getagt hat; vielmehr würde die Vorlage hierzu erst am nächsten Tag (25.08.) im RdB behandelt.

3. Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses als die angekündigte sog. ‘BVG-Runde‘ stattfindet, in der ÖPNV-Angelegenheiten behandelt werden. Er weist die Fraktionen darauf hin, dass sie bis dahin ggf. weitere Anträge zu dem Thema stellen können.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Eichstädt Ausschussvorsitzender	Kühnast Schriftführer